

Staatsbürgerschaft Rechnung tragen. Die Frage, wer, wo, wann politisch partizipieren darf, wird immer wichtiger werden.

Eine Möglichkeit, das demokratische Defizit im Bereich des Stimm- und Wahlrechts anzugehen, sind lokale Initiativen und kollektive Aktionen. Wir haben festgestellt, dass diese Initiativen und Aktionen nicht nur Migrant*innen ohne Wahlrecht, sondern sowohl Personen mit Wahlrecht als auch ohne, sowie Menschen mit verschiedenen Migrationsgeschichten miteinschliessen. Aus dem Blickwinkel einer inklusiven Gesellschaft und nachhaltigen Demokratie verdienen solche Anstrengungen und die vorgebrachten Argumente die Aufmerksamkeit sowohl der Entscheidungstragenden als auch der Stimmbevölkerung.

Weiterführende Literatur

Blatter, J., Schmid, S. D., & Blättler, A. C. (2017). **Democratic Deficits in Europe: The Overlooked Exclusiveness of Nation-States and the Positive Role of the European Union**. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 55(3), 449–467.

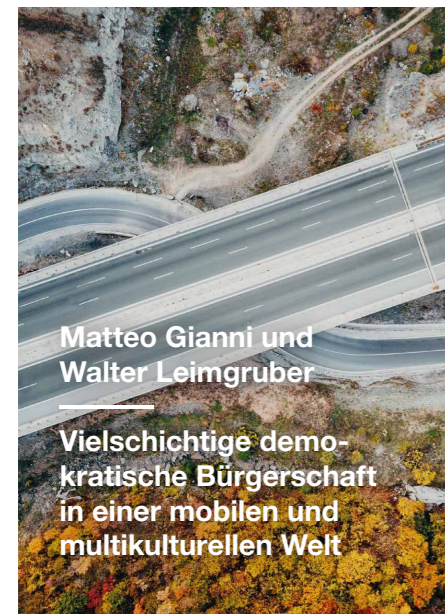
Blatter, J., D'Elia, M. S., & Buess, M. (2018). **Bürgerschaft und Demokratie in Zeiten transnationaler Migration: Hintergründe, Chancen und Risiken der Doppelbürgerschaft**. EKM.

Ferris, D., Hayduk, R., Richards, A., Strauss Schubert, E. & Acri, M. (2019). **Noncitizen Voting Rights in the Global Era: a Literature Review and Analysis**. *Journal of International Migration and Integration*, 21, 949–971.

Isin, E. F. (2008). **Theorizing acts of citizenship**. In E. F. Isin & G. M. Nielsen (Eds.), *Acts of Citizenship* (pp. 15–43). Zed Books.

Leimgruber, W. (2016). **Demokratische Rechte auf Nicht-Staatsbürger ausweiten**. In C. Abbt & J. Rochel (Eds.), *Migrationsland Schweiz. Vorschläge für eine Politik der Öffnung* (pp. 21–37). Hier und Jetzt.

Slotwinski, M., Stutzer, A. & Bevelander, P. (2020). **From Participants to Citizens? Democratic Voting Rights and Naturalization Behaviour**. ZEW - Centre for European Economic Research Discussion Paper No. 20–055.



Vielschichtige demokratische Bürgerschaft in einer mobilen und multikulturellen Welt

Matteo Gianni und Walter Leimgruber

Ein Projekt des «nccr – on the move»

Das Projekt untersucht die aktuellen Transformationen von Bürgerschaft im urbanen Kontext der «Super-Diversität». Es beleuchtet die Frage, welche Formen der (urbanen) Bürgerschaft existieren, in welchem Bezug sie zu den vielschichtigen staatsbürgerlichen Ordnungen stehen und wie Bürgerschaft und soziale Kohäsion in einer mobilen Gesellschaft institutionell verstanden werden können. Das Projekt verbindet anthropologische Feldforschung zum Thema Bürgerschaft mit der politischen Philosophie des Multikulturalismus und der Mobilität in vielschichtigen Regierungssystemen.

kurz und bündig #20 basiert auf dem Teilprojekt «Initiatives for Non-Citizen Voting Rights» von Metka Hercog, Silva Lässer und Katrin Sontag

Kontakt für kurz und bündig #20: Katrin Sontag, Postdoktorandin in Kulturanthropologie, Universität Basel und nccr - on the move, katrin.sontag@unibas.ch

Der Nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) nccr – on the move erforscht Themen rund um Migration und Mobilität. Dabei setzt er sich zum Ziel, das Zusammenspiel von Migration und Mobilität und damit einhergehenden Phänomenen in der Schweiz und darüber hinaus besser zu verstehen. Er führt Forschung aus den Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften zusammen. Das von der Universität Neuenburg koordinierte Netzwerk umfasst 17 Forschungsprojekte an elf Schweizer Hochschulen: Den Universitäten Basel, Fribourg, Genf, Lausanne, Luzern, Neuenburg und Zürich, der ETH Zürich, dem Graduate Institute in Genf, der Fachhochschule Westschweiz sowie der Fachhochschule Nordwestschweiz.

«kurz und bündig» gibt Antworten auf aktuelle Fragestellungen im Bereich der Migration und Mobilität – auf der Grundlage von Forschungsergebnissen, die im Rahmen des «nccr – on the move» erarbeitet worden sind. Die Analysen und Argumente liegen in der Verantwortung der Autor*innen.

Kontakt für die Serie: Aldina Camenisch, Verantwortliche Wissenstransfer, aldina.camenisch@nccr-onthemove.ch

nccr →
on the move

National Center of Competence in Research –
The Migration-Mobility Nexus
nccr-onthemove.ch

Universität Neuenburg,
Rue Abram-Louis-Breguet 2,
2000 Neuchâtel, Schweiz

nccr →
on the move

National Center of Competence in Research –
The Migration-Mobility Nexus

nccr-onthemove.ch

Katrin Sontag, Selina Reusser

**Welche Forderungen nach
inkluseren Wahlrechten in
Migrationsgesellschaften bestehen?**

kurz und bündig #20, Juni 2021

FNSNF

SWISS NATIONAL SCIENCE FOUNDATION

The National Centres of Competence in Research (NCCR)
are a research instrument of the Swiss National Science Foundation

Botschaften für die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger

14 EU-Staaten haben lokale Wahlrechte für Nicht-EU-Staatsangehörige eingeführt; in der Schweiz gewähren acht Kantone auf unterschiedlichen Ebenen Einwohner*innen ohne Schweizer Pass diese Rechte.

Angesichts der wachsenden Wohnbevölkerung ohne Wahlrechte fordern aktivistische Gruppen vermehrt inklusivere politische Rechte.

Ihrer Ansicht nach sind politische Rechte ein Ausdruck von Zugehörigkeit und Inklusion.

Sie verlangen, dass Wahlrechte nicht an die Einbürgerung gebunden sind.

Was ist gemeint mit ...

... demokratisches Defizit?

Demokratie ist laut A. Lincoln eine «Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk». Alle Einwohner*innen eines demokratischen Staates sollten im Idealfall ein Mitspracherecht bei der Ausarbeitung der für sie geltenden Regeln haben. Wenn eine wachsende Anzahl Menschen ausgeschlossen wird, wird dieses Prinzip ignoriert und ein demokratisches Defizit entsteht.

... (aktivistische) Bürger*innen?

Der Begriff Bürger*in bezieht sich traditionell auf diejenigen, die über die Staatsbürgerschaft in einem bestimmten Land verfügen. Diese beinhaltet (politische) Rechte und Verantwortlichkeiten gegenüber dem jeweiligen Staat. In der heutigen mobilen Welt leben mehr und mehr Menschen im Ausland und besitzen dort kein Stimm- und Wahlrecht. Aktivist*innen argumentieren, dass ihr Ausschluss von der politischen Partizipation auf Lokalebene die Inklusivität und Legitimität der Demokratie infrage stellt. Konzepte wie Isins «Activist Citizen» fordern eine dynamischere Sicht darauf, was es bedeutet, Bürger*in zu sein, und betrachten Engagement als Form der Bürgerschaft.

Die zunehmende internationale Mobilität hat dazu geführt, dass wachsende Teile der Wohnbevölkerungen in Europa keine Wahlrechte haben – eine Situation, die in Ländern mit einem demokratischen Staatssystem ein Defizit darstellt. In diesem Policy Brief werden aktivistische Gruppen und politische Forderungen in der Schweiz und in europäischen Städten vorgestellt, die sich für eine Ausweitung der lokalen Wahlrechte auf Einwohner*innen ohne die nationale Staatsbürgerschaft einsetzen.

In vielen Ländern sind politische Rechte an die Nationalität gebunden und werden als exklusives Privileg der Staatsbürger*innen betrachtet. Doch immer mehr Menschen bewegen sich heutzutage über nationale Grenzen hinweg, weswegen die Gebundenheit der politischen Rechten an die Nationalität zunehmend hinterfragt wird. Politische Initiativen engagieren sich für die Ausweitung der lokalen Wahlrechte auf Einwohner*innen ohne die nationale Staatsbürgerschaft.

Wie ist die Situation in Europa?

In der Schweiz beträgt der Anteil der Wohnbevölkerung ohne Schweizer Staatsbürgerschaft 25%. In europäischen Städten wie Brüssel, Wien oder Basel übersteigt dieser Anteil 30%.

Aufgrund der EU-Gesetzgebung

wurde bereits 1992 das Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Bürger*innen anderer EU-Staaten eingeführt. 14 der insgesamt 27 EU-Staaten gewähren Nicht-EU-Staatsangehörigen ein lokales Stimm- und Wahlrecht. In der föderalistischen Schweiz ist dies bisher **noch nicht einheitlich** geregelt. Auf kantonaler Ebene gewähren erst zwei Kantone (Jura und Neuenburg) diese Rechte. Im Kanton

Basel-Stadt steht ein diesbezügliches Referendum aus. Auf kommunaler Ebene bieten sechs Kantone diese politischen Rechte. Der Kanton Bern hat eine entsprechende politische Initiative kürzlich abgelehnt, während eine weitere im Kanton Zürich hängig ist.

Sich einbürgern zu lassen ist nicht immer eine Lösung

Die **Einbürgerung** gilt traditionell als einziger Weg, Teil der politischen Gemeinschaft zu werden, und in der **Diskussion** über die Ausweitung von Wahlrechten wird oft argumentiert, dass diese den Anreiz, die Einbürgerung zu beantragen, verringern würde. Die Menschen werden international jedoch immer mobiler, oft auf temporärer Basis, und möchten sich auch ohne Einbürgerung an ihrem Wohnsitz politisch engagieren. Abgesehen von der Tatsache, dass nicht alle Staaten eine Doppelbürgerschaft akzeptieren, kann die Einbürgerung ein teurer, langer Prozess sein – gerade in der Schweiz, in der man vor der Einbürgerung 10 bis 12 Jahre wohnhaft gewesen sein muss. Sich der politischen Partizipation so lange zu enthalten steht im Widerspruch zur Erwartung einer raschen Integration.



Migrant*innensession 2019 in Basel, Verein Mitstimme, Foto von František Matouš

Eintreten für Bürgerrechte

Bürgerrechte wurden immer wieder verhandelt und erkämpft und haben sich im Lauf der Zeit daher stark verändert. In der Schweiz wurde das Stimm- und Wahlrecht nur schrittweise auf verschiedene Bevölkerungsgruppen ausgedehnt. Das Frauenstimmrecht wurde erst 1971 nach langem Kampf eingeführt und Auslandsschweizer*innen waren die letzte Gruppe, die eingeschlossen wurde.

Inspiziert durch dieses historische Ringen und die Veränderungen der Werte und Ansprüche in Bezug auf Staatsbürgerschaft, setzen sich derzeit verschiedene Gruppen in mehreren europäischen Ländern (**Italien, Frankreich, Österreich, Deutschland, Belgien**) und der Schweiz (z.B. in **Basel** und **Genf**) für politische Partizipation und Wahlrechte für Einwohner*innen ohne die nationale Staatsbürgerschaft ein. Sie teilen ihr Wissen und ihre Erfahrungen im Netzwerk «Voting Rights for All Residents».

Im Basler Rathaus wurden symbolische Parlamentssessionen mit Teilnehmenden ohne Schweizer Staatsbürgerschaft abgehalten, die dort ihre Anliegen vertragen und eine symbolische Abstimmung darüber abhielten. Ihre Petitionen wurden danach dem Grossen Rat übergeben.

In Freiburg (D) bekamen Menschen ohne Wahlrecht die Möglichkeit, ihre Stimme parallel zu den offiziellen Wahlen abzugeben. Diese Stimmen wurden anschliessend einem symbolischen Stadtrat übergeben. Obwohl sie nicht repräsentativ waren, deuten die Resultate darauf hin, dass sich das Wahlverhalten von Personen ohne Wahlrecht kaum von

demjenigen von Personen mit Wahlrecht unterscheidet.

Durch Aktionen wie diese übernehmen die aktivistischen Gruppen demokratische Grundhandlungen und erweitern sie symbolisch, um zu zeigen, dass Migrant*innen eine politische Stimme haben sollten – weil sie hier sind:

«Wir warten nicht – wir wählen. Wir sagen nicht, «Bitte gebt uns das Recht zu wählen.», sondern «Wir sind hier und wir wählen.» (Vertreter, Freiburger Wahlkreis 100%)

Unsere Studie zeigt auf, welche Investitionen – in Form von Zeit, professionellen und persönlichen Fähigkeiten, Erfahrungen, Netzwerken und Finanzierung – diese Art des Engagements erfordert. Einige Aktivitäten sind so denjenigen vorbehalten, die über die entsprechenden Ressourcen verfügen. Darüber hinaus zeigt die Studie, welche Fähigkeiten und Energien die Befürworter*innen politisch investieren könnten, wenn sie nicht zuerst um ihre Stimme kämpfen müssten.

Von Befürworter*innen geäusserte Argumente für inklusivere Wahlrechte

Mit Bezug auf die demokratische Legitimität wird argumentiert, dass Menschen, die an einem bestimmten Ort wohnen und den Entscheidungen des entsprechenden Staates unterworfen sind, auch ein Mitspracherecht in diesem Staat haben sollten. Die Befürworter*innen sorgen sich um die Zukunft der Demokratie: **«Es geht uns nicht um den individuellen Gewinn, es ist kein schicker Gewinn, Stimm- und Wahlrecht zu haben. Es geht uns darum, dass uns die Demokratie wichtig ist und wir sie**

beschützen wollen. Partizipation ist der einzige Weg, das zu erreichen.» (Vertreterin, 1bru1vote, Brüssel)

Andere erwähnen die Steuerpflicht und zitieren den Slogan der Amerikanischen Revolution: «No taxation without representation» («Keine Besteuerung ohne [politische] Vertretung»). Eine weitere Argumentationslinie zielt auf Gleichheit und gegenseitige Anerkennung innerhalb einer lokalen Gesellschaft ab: **«Ich will in einem Land leben, in dem meine Freunde, meine Nachbarn, meine Kolleg*innen nicht nach ihrem Pass oder ihrer Hautfarbe sortiert und beurteilt werden.» (Vertreter, Freiburger Wahlkreis 100%)**

Eine weitere Person zieht den Schluss, dass Unterrepräsentation und die fehlende Sichtbarkeit der Anliegen von Migrant*innen zu deren Ausschluss, Diskriminierung und Entfremdung führen können. Inklusion, Partizipation und eine bessere Vertretung werden auch als Weg angesehen, Extremismus vorzubeugen: **«Die Demokratie auszuweiten und zu verbessern ist äusserst wichtig.**

Wir wollen eine demokratische Gesellschaft fördern, die uns vor extremen Tendenzen schützt.» (Vertreter, collectif j'y suis, j'y vote, Frankreich)

Politische Forderungen

Die Forderungen der Initiativen weisen auf die Wichtigkeit der Einführung eines lokalen Stimm- und Wahlrechts – z. B. nach fünf Jahren Wohnsitznahme – hin. Einige Initiativen fordern zudem ein Stimm- und Wahlrecht auf regionaler Ebene.

Die Erteilung von Wahlrechten, so die Befürworter*innen, sollte nicht als mit der Einbürgerung verbundenes Ziel, sondern vielmehr als Teil des Prozesses, lokale Bürgerin bzw. lokaler Bürger zu werden, betrachtet werden. Eine weitere Reihe von Forderungen betrifft schnellere Einbürgerungsprozesse und die Anerkennung von doppelten Staatsbürgerschaften.

Wir argumentieren, dass diese Bürgerrechtskämpfe die steigende Mobilität, Migration und Globalisierung widerspiegeln. Gesellschaften werden transnationaler; Aktivitäten und politische Fragen in Verbindung mit Bürgerrechten überspannen nationale Grenzen. Konsequenterweise sollten Institutionen und Regierungen dieser zunehmend dynamischen Mobilität und dem steigenden Anteil von Einwohner*innen ohne die nationale



Kampagne Freiburger Wahlkreis 100%, Foto von Marc Doradzillo